

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

IDA-Infomail
Nummer 6, Dezember 2017, 18. Jg.

| | |
|--------------------------------------|-------|
| Editorial | S. 1 |
| Neues von IDA und IDA-NRW | S. 2 |
| Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek | S. 10 |
| Aus den Mitgliedsverbänden | S. 12 |
| Aktion, Information | S. 18 |
| Literatur | S. 27 |
| Seminare, Tagungen | S. 31 |
| Impressum | S. 34 |

Editorial

In einem Seminar, das ich neulich besuchte, sagte ein Teilnehmer, dass im Diesseits für „die Deutschen“ keine „Erlösung“ geben werde, weil die in der Shoa ermordeten Jüd_innen niemals zurückkehren würden. Aus diesem Grund kann es in der postnationalsozialistischen Gesellschaft nicht um die Frage gehen, ob an die Shoa erinnert werden soll oder nicht, sondern nur noch darum, wie mit der Erinnerung umgegangen wird.

In diesbezüglichen Diskussionen zeigt sich immer wieder, dass Antisemitismus aufs engste mit Nationalismus verwoben ist: Nationalismus ist gekennzeichnet durch die Annahme, dass sich Menschen positiv mit einem nationalen Kollektiv identifizieren müssen. Aber wie kann diese Identifikation im Falle Deutschlands positiv sein?

Um diesen Widerspruch aufzulösen, gibt es u. a. mehrere problematische Strategien: Die erste ist das Leugnen, Relativieren oder das „Entsorgen“ der Shoa. „Den Deutschen“, so heißt es dann bspw., sollten „diese zwölf Jahre“ nicht mehr vorgehalten werden.

Zweitens werden die Opfer und die mit ihnen identifizierten selbst zu Schuldigen gemacht, gemäß dem Bonmot „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz niemals verzeihen.“

Drittens lässt sich Antisemitismus auf muslimische Andere auslagern, deren „Fremdheit“ als Erklärung dient und einen Generalverdacht recht-

fertigt.

Viertens kann der Widerspruch selbst so internalisiert werden, dass Jüd_innen im Namen einer „christlich-jüdischen abendländischen Kultur“ vereinnahmt werden oder die Bekämpfung von Antisemitismus zum neuen nationalen Leitwert erhoben wird. Zu diesem müssen sich all diejenigen bekennen, die „deutsch“ sein wollen.

Dadurch aber dass „der Jude“ im Antisemitismus als Gegenspieler des Nationalen konstruiert ist, ist Antisemitismus potenziell mit jedem Nationalismus verbunden. Wenn also auch türkische Nationalist_innen antisemitisch sind, dann eher sie nationalistisch sind. Und spätestens an dieser Stelle wäre die Frage angebracht, was solche Nationalismen mit eigenen Diskriminierungserfahrungen in Deutschland zu tun haben.

Sicherlich ist dies alles nur ein Teil der Antwort. Aber er macht deutlich, dass Antisemitismus ein Problem dieser Gesellschaft ist und daher hier, und zwar konstruktiv, bearbeitet werden muss. Sich dabei auf Jugendliche und Integrationskurse zu fokussieren, wie u. a. gefordert, halte ich deshalb für problematisch. Björn Höcke und Karlheinz Weißmann, einer der Vordenker der Neuen Rechten, sind ja schließlich ... Geschichtslehrer.

Erholsame Feiertage wünscht
Sebastian Seng

IDA-NRW informiert:**IDA-NRW-Fachtagung „Was geht mich das an? Die Schwierigkeit Antisemitismus zu thematisieren.“***6. März 2018, 10.00 bis 16.00 Uhr, in Münster*

Antisemitismus im Alltag zu thematisieren, fällt nicht leicht. Gerade in Deutschland bestehen aus historischen Gründen besondere Berührungsängste mit dem Begriff. Auf die Thematisierung von Antisemitismus folgen daher häufig extreme Abwehrreaktionen nach dem Motto „Ich bin doch kein Nazi!“. Dahinter steht letztlich die falsche Vorstellung, Antisemitismus sei ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte oder ein Alleinstellungsmerkmal der Nationalsozialisten oder Rechtsextremen. Es fehlt an Bewusstsein, dass Antisemitismus ein sowohl gesamtgesellschaftliches als auch (stets) aktuelles Problem ist, das sich alltäglich in der Schule, der Jugend- und Sozialarbeit und der Aus- und Weiterbildung von Lehr- und Fachkräften niederschlägt.

Doch wie kann eine antisemitismuskritische Bildungsarbeit in diesen Bereichen aussehen, die sich sowohl mit der Geschichte als auch der Aktualität des Antisemitismus in Europa auseinandersetzt? Wie können verschiedene Zielgruppen und somit verschiedene Formen des Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft angemessen thematisiert werden. Und welches Wissen benötigen Fachkräfte für den pädagogischen Umgang mit Antisemitismus?

Im Rahmen der Tagung geht es sowohl um das Erkennen und Benennen gegenwärtiger Phänomene von Antisemitismus sowie um Fragen des Umgangs mit Antisemitismus in der pädagogischen Praxis.

Die Fachtagung versteht sich als Forum für Diskussion und Austausch zwischen Praktiker_innen aus der Jugendbildungs-, -sozial- und -verbandsarbeit, dem Jugendschutz, der politischen Bildungsarbeit und der Schule.

Organisatorisches

Teilnahmebeitrag: 30 € (einschließlich Getränke und Mittagsimbiss). Sie erhalten nach Eingang der Anmeldung eine Bestätigung mit Zahlungsinformation.

Tagungsort:

Landeshaus, Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48147 Münster

Die Anmeldung erfolgt über die Webseite der [AJS-NRW https://www.ajs.nrw.de/veranstaltung/70/antisemitismus/](https://www.ajs.nrw.de/veranstaltung/70/antisemitismus/)

Programm

10.00 - 10.30 Anmeldung

10.30 - 10.45 Begrüßung

10.45 - 12.15 Input: Antisemitismuskritik in der Gegenwart, Prof. Astrid Messerschmidt

12.15 - 13.15 Mittagspause

13.15 - 15.15 Workshopphase

1.) (Alltags-)Antisemitismus und die Schwierigkeit, Antisemitismus zu thematisieren, Tom Uhlig (Bildungsstätte Anne Frank e. V.)

2.) Pädagogischer Umgang mit Antisemitismus in der Bildungsarbeit. Gegenmaßnahmen und Gegenpositionen, N. N. (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V.)

3.) Antisemitismus im Netz – Zwischen rechtsextremer Hassrede und islamistischer Propaganda“, Nora Fritzsche (Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW)

4.) Antimuslimischer Rassismus und islamisierter Antisemitismus. Analogien und Unterschiede, Saba-Nur Cheema (Bildungsstätte Anne Frank e. V.)

15.15 - 15.30 Pause

15.30 - 16.00 Resümee der Workshops

Neue Referentin bei IDA-NRW

Roxana Gabriel wird weiterhin im nächsten Jahr als Referentin mit einer halben Stelle die landesweite Fachstelle für Rassismuskritik und Rechts-

extremismus IDA-NRW unterstützen. Neben ihren Arbeitsbereichen der Online-Redaktion, Öffentlichkeitsarbeit, und dem Ausbau des Elternbera-

IDA-NRW informiert:

tungsnetzwerks in NRW freut sie sich auf neue, spannende und herausfordernde Aufgaben im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu den Schwerpunkten Rassismuskritik, Rechtsextremismus und Antidiskriminierung und auf die Zusam-

menarbeit mit vielzähligen Multiplikator_innen in NRW.

Kontakt: Roxana Gabriel, Tel: 02 11/ 15 92 55-70, roxana.gabriel@ida-nrw.de, www.ida-nrw.de

Zeitschrift Überblick „Von Solingen zu den Morden des NSU“

Der „Überblick“ wird vierteljährlich herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung in NRW (IDA-NRW). Die aktuelle Ausgabe lenkt den Blick auf die Opfer und Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt. Der Beitrag von Çağrı Kahveci und Özge Pinar Sarp bietet eine Chronik rassistischer Terrors, angefangen mit den Brandanschlägen von Solingen bis zu den Morden des NSU, aus der

Perspektive türkeistämmiger Migrant_innen. Der zweite Beitrag von Verena Schäffer befasst sich mit der Aufarbeitung des NSU-Komplexes sowie dem Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtags NRW und mit den daraus hervorgegangenen Handlungsempfehlungen. Die Ausgabe kann heruntergeladen werden unter <http://www.ida-nrw.n2g33.com/vOwmvepv-bav1u6z6-oq8v5fgi-lci>.

Neues vom projekt.kollektiv: Vernetzungsveranstaltung „Ohne uns geht es nicht“ – Gelebte Teilhabe und Partizipation von jungen Geflüchteten

Am 8. Dezember organisierte das projekt.kollektiv des IDA-NRW in Kooperation mit dem Projekt re:act der Opferberatung Rheinland, mit der selbstorganisierten Geflüchteteninitiative Jugendliche Ohne Grenzen und dem Verein Train of Hope Dortmund e. V. eine



Vernetzungsveranstaltung für junge geflüchtete Menschen und Unterstützer_innen. Das zentrale Anliegen der Veranstaltung war es, insbesondere jungen geflüchteten Menschen Raum für den Austausch über eigene Erfahrungen und Möglichkeiten der gelebten Teilhabe und Partizipation in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

Die Veranstaltung wurde mit den Asyl-Dialogen der Bühne für Menschenrechte eingeleitet. In der eindrucksvollen Aufführung präsentierten Schauspieler_innen teils erschütternde Fluchtbiografien und sehr kraftvolle Erfahrungsberichte und Widerstandsgeschichten von in Deutschland lebenden geflüchteten Menschen. Im anschließenden Podiumsgespräch teilten Alaa Neema (Jugendliche

Ohne Grenzen), Ibrahim Mokdad (Rubicon/Rainbow Refugees Cologne) und Fatma Karacakurtoglu (Train of Hope Dortmund) ihre Eindrücke der Aufführung. Sie berichteten von der Arbeit ihrer Initiativen und diskutierten über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen geflüchteten Menschen und Menschen ohne Flucht- bzw. Migrationserfahrung. Alaa Nema plädierte für einen solidarischen Umgang gegen restriktive Maßnahmen deutscher Behörden und gegen Abschiebungen. Ibrahim Mokdad berichtete von den spezifischen Problemen von LBGTIQ-Geflüchteten in Deutschland und betonte, dass geflüchtete Menschen in der Zusammenarbeit und auf Veranstaltungen als Expert_innen wahrgenommen und angesprochen werden sollten.



Nach dem Abendessen wurden Open Space-Räume angeboten, in denen vor allem die jungen Menschen mit Fluchterfahrung dazu eingeladen waren, sich über selbstgewählte Themen auszutauschen. Sie sprachen über Möglichkeiten der

IDA-NRW informiert:

Teilhabe und Partizipation, den Umgang mit Erfahrungen auf der Flucht und dem Ankommen in Deutschland, die Situation von LGBTIQ-Geflüchteten in Deutschland und die Konzepte Heimat, sich „fremd“ fühlen und Identität. In der Abschlussdiskussion äußerten viele Teilnehmer_innen den Wunsch nach mehr Raum und Zeit für einen vertiefenden Austausch. Die von Avin Mahmoud (Jugendliche Ohne Grenzen) und Kolja Koch (projekt.kollektiv) gemeinsam moderierte Veranstaltung brachte in einer entspannten Atmosphäre viele junge Geflüchtete zusammen und war ein gelungener Start für weitere Vernetzungsvorhaben.

2018 geht es weiter

Nachdem im ersten Projektjahr viele Kontakte zu pädagogischen Fachkräften, Ehrenamtlichen sowie selbstorganisierten Geflüchteteninitiativen und rassismuskritisch ausgerichteten Projekten entstanden, sollen 2018 die Themen Teilhabe und Empowerment von jungen geflüchteten Menschen

noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Das projekt.kollektiv hat zum Ziel, die pädagogische und ehrenamtliche Arbeit für und mit jungen geflüchteten Menschen aus rassismuskritischer Perspektive zu begleiten und zu stärken. Das Projekt bietet Fachkräften, ehrenamtlichen (Willkommens-) Initiativen und Vereinen sowie jungen Menschen mit Fluchterfahrung in NRW Möglichkeiten zur Fortbildung, Beratung und Vernetzung. Weitere Informationen und aktuelle Hinweise zum Projekt finden Sie auf der Homepage des IDA-NRW und seit kurzem auch auf Facebook!

Infos:

Kolja Koch

Tel: 02 11/ 15 92 55-67

kolja.koch@IDA-NRW.de

<https://www.ida-nrw.de/aktuelles/detail/projekt-kollektiv-stellt-sich-vor/>

<https://www.facebook.com/projekt-kollektiv-501836163499189/>



Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): „Einen Gleichwertigkeitszauber wirken lassen ...“ Empowerment in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verstehen

2016, 32 S., Sachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe/Broschüre

Diese Handreichung bietet eine Einführung in den Empowermentansatz. In Expert_inneninterviews wird er unter verschiedenen Aspekten unter die Lupe genommen. Sie zeigen auf, wie vieldimensional Empowermentprozesse und Empowermentprojekte sind.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6372/einen-gleichwertigkeitszauber-wirken-lassen-empowerment-in-der-offenen-kinder-un.html>

Neue Expertisen und Podcasts in der Vielfalt-Mediathek

Expertise „Mehr als Grauzonen“

Mit dem Oberbegriff „Grauzone“ werden Phänomene in der Jugend- und Popkultur bezeichnet, in denen sich Bestandteile extrem rechter Ideologien, mal mehr, mal weniger stark ausgeprägt wiederfinden. Die Expertise zeigt anhand von Beispielen aus der Musikbranche deutlich die vielen Schnittstellen zwischen extrem rechten Gedankengut und der „Grauzone“ auf. Die jeweiligen Protagonisten bestreiten jedoch vehement, rechts bzw. „extremistisch“ zu sein, sondern sie beharren darauf, dass die Öffentlichkeit sie als unpolitisch wahrzunehmen hat. Daher können Phänomene, die unter dem Label „Grauzone“ firmieren, rechtes Gedankengut in den gesellschaftlichen Mainstream transportieren, ohne als solches direkt erkennbar zu sein.

https://www.vielfalt-mediathek.de/data/expertise_grauzone_rechte_lebenswelten_vielfalt_mediathek.pdf

Podcast „Humor und Rassismus“

Wie lässt sich Humor wirkungsvoll einsetzen, um rassistische und diskriminierende Vorurteile zu dekonstruieren? Sind Humor und Satire überhaupt probate Mittel, um gegen Ausgrenzung und Rassismus zu protestieren und dadurch sie abzubauen oder erreichen sie eher das Gegenteil? Anhand von Hörbeispielen aus der Populärkultur gehen wir in dem Podcast diesen Fragen nach und setzen uns zudem mit der Methode Humor in der antirassistischen Bildungsarbeit auseinander.

<https://www.vielfalt-mediathek.de/content/38/podcasts.html>

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Aus den Mitgliedsverbänden:**Kurzfilm der aej – „Bayram wie Weihnachten“**

Der Kurzfilm „Bayram wie Weihnachten“ (<https://www.youtube.com/watch?v=qxnWWBmnnOU>) entstand im Rahmen des aej-Kooperationsprojekts „Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!“. Er verdeutlicht anhand unterschiedlicher Episoden, wie Alltagsrassismus im Einzelfall wirken kann: Er sorgt zum einen für eine symbolische Grenzziehung, die die Mehrheitsgesellschaft vom vermeintlich „Anderen“ trennt, zum anderen kann er auf Grundlage seiner Zuschreibungen zu völlig unterschiedlichen Wahrnehmungen derselben Realität beitragen. Gerade dieser Aspekt wird im Rahmen des Films humoristisch aufgegriffen. Im Projekt „Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!“ kooperiert die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) mit den Verbänden „Muslimische Jugend in Deutschland e. V.“ (MJD), „DITIB-Landesjugendverband Niedersachsen und Bremen“ und dem „Verband der islamischen Kulturzentren e. V.“ (VIKZ) und „Isa-

musische Jugend in Bayern e. V.“ (IJB) mit dem Ziel, die muslimischen Verbände bei ihrer weiteren Etablierung in den Strukturen der Jugendverbandsarbeit zu unterstützen.

Ende 2019 kann der Film zusammen mit der gesamten Materialsammlung kostenfrei bestellt werden. Unter anderem enthält diese auch eine Augmented Reality-App, die zum Ende des Jahres im Google Play Store und iOS heruntergeladen werden kann.

Infos:

„Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!“
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej)

Otto-Brenner-Str. 9

30159 Hannover

Tel: 05 11 / 12 15 15 5

onna.buchholt@evangelische-jugend.de

www.junge-muslime-als-partner.de

**Gemeinsam stark! Evangelische und muslimische Jugendliche gegen antimuslimischen Rassismus**

In einem gemeinsamen Appell fordern die Evangelische Jugend in Deutschland und bundesweite muslimische Jugendverbände politische Entscheidungsträger_innen auf, sich gegen rechtspopulistische Strömungen zur Wehr zu setzen und die demokratischen Standards einer pluralistischen Gesellschaft zu verteidigen.

Der Appell, den die rund zwanzig Teilnehmer_innen der dritten Entwicklungswerkstatt des Projekts „Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!“ im November 2017 in Berlin erarbeiteten, stellt weiterhin fest: „In den vergangenen Jahren wurden wichtige Schritte zur rechtlichen Gleichstellung muslimischer Verbände zu anderen Religionsgemeinschaften sowie der Förderung von muslimischen Jugendorganisationen unternommen. Gerade in Zeiten zunehmender rechtspopulistischer Stimmungsmache ist es notwendig, diese Schritte

aufzunehmen und weiterzuführen!“.

Das gemeinsame Statement ist einsehbar unter https://www.evangelische-jugend.de/fileadmin/user_upload/aej/Migration_und_Integration/Projekte_der_aej/Junge_Muslime_als_Partner/Downloads/aej_Gemeinsame_Stellungnahme_JUMAP.pdf.

Infos:

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Martin Weber

Otto-Brenner-Straße 9

30159 Hannover

Tel: 05 11 / 12 15 - 13 2

martin.weber@evangelische-jugend.de

www.evangelisches-infoportal.de

Amaro Drom-Projekt „Dikhen amen! Seht uns!“ gewinnt Lars-Day-Preis 2017

Das Amaro Drom-Projekt „Dikhen amen! Seht uns!“ hat den diesjährigen „Lars-Day-Preis - Zukunft der Erinnerung“ gewonnen. Der Lars-Day-Preis wird von der Lars Day Stiftung und der W. Michael Blumenthal Akademie des Jüdischen Museums Berlin vergeben. Mit dem Preis werden Organisationen, Vereine, Initiativen und Einzelpersonen ausgezeichnet, die gemeinsam mit jungen



Amaro Drom e.V.

Menschen an nationalsozialistisches Unrecht und weitere Verbrechen gegen die Menschheit erinnern und sich dabei für den Erhalt der Demokratie und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt einsetzen. Weitere Informationen finden sich unter <http://amarodrom.de/dikhen-amen-seht-uns-gewinnt-lars-day-preis-2017>.

Herbst-Bundesrat 2017 der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) in Mannheim

Vom 27. bis 29. Oktober sind in Mannheim über 50 KjGler_innen auf dem Bundesrat zusammengekommen. Begleitet von dem Referenten Christian Störtz, Koordinator der Angebote des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ in der Region Mannheim, debattierten die Delegierten in einem Studienteil über den Umgang mit der neu in den Deutschen Bundestag eingezogenen AfD.

Gegen die Haltung zum Umgang der Amtskirche und einiger Kirchenvertreter_innen mit vielfälti-

gen Lebensentwürfen und Familienmodellen wurde eine klare Haltung bezogen.

Weitere Informationen sind verfügbar unter <http://kjg.de/wer-wir-sind/bundesverband/der-bundesrat/herbst-bundesrat-2017/>.



20. Ordentliche DGB-Bundesjugendkonferenz behandeln Umgang mit der AfD

„Still loving solidarity“ war das Motto der DGB-Bundesjugendkonferenz, bei der vom 10. bis 12. November in Berlin rund 100 Delegierte aller Mitgliedsgewerkschaften über die zukünftigen Leitlinien der DGB-Jugendarbeit diskutierten und entschieden.

Neben den zentralen Themen Bildung, Ausbildung und Arbeit, standen der Einsatz gegen Rassismus und Rechtspopulismus und die Stärkung der Demokratie ebenfalls im Fokus der Konferenz.

„Antirassismus ist ein gewerkschaftlicher Grundsatz. Wir werden den Kampf gegen Rassisten und Rechtspopulisten weiterführen, wir gehen gegen die AfD auf die Straße, wir argumentieren überall - im Betrieb wie in der Kneipe. Wir ducken uns nicht weg - nirgends!“, unterstrich Manuela Conte, die DGB-Bundesjugendsekretärin, vor den Antragsberatungen zur gesellschaftspolitischen



Positionierung, und betonte: „Wir, die DGB-Jugend, stehen für eine tolerante, weltoffene und solidarische Gesellschaft.“

Klare Haltung zeigte die Gewerkschaftsjugend in der Frage nach dem Umgang mit der AfD – es wird auf keiner Ebene, in keinem Gremium, eine Zusammenarbeit mit der AfD geben. Darüber hinaus forderte die DGB-Jugend weiterhin, sich für ein Verbot neonazistischer Parteien wie der NPD und „Der Dritte Weg“ stark zu machen.

Im Bereich der Flüchtlingspolitik beschloss die DGB-Jugend, die Willkommenskultur strukturell zu verankern und u. a. zu fordern, Hürden am Arbeitsmarkt für Geflüchtete abzubauen.

Die vollständige Pressemitteilung ist zu lesen unter <https://www.gelbehand.de/meldung/artikel/bollwerk-gegen-rechts/>.

djo-Landesverband Bayern – Neuer Film „I bims dein Jugendverband“

Junge Geflüchtete der Deutsche Jugend in Europa (djo), Landesverband Bayern erklären in einem kurzen Video (<https://www.youtube.com/watch?v=yAzISqYdwqM>), was Jugendarbeit für sie bedeutet und wie sie zur djo gekommen sind. Ziel ist es vor allem, Geflüchtete für die Jugendverbandsarbeit zu begeistern und ihnen zu zeigen, wie einfach Menschen Teil eines Jugendverbandes werden können. Hier können junge Menschen ihre



Ressourcen und Erfahrungen einbringen und mit anderen in Austausch treten. Der Film zeigt: Es braucht nicht viel, um einen gemeinsamen Nenner mit Menschen zu finden, die neu in Deutschland sind.

Infos:

djo-Deutsche Jugend in Europa, Landesverband Bayern e. V.

Tel: 0 89 / 82 12 76 2

djo-Bayern@t-online.de

www.djo-bayern.de

Stellungnahme von Amaro Drom zum Film „Nellys Abenteuer“

Bereits dreimal wurde der Film „Nellys Abenteuer“ im Jahr 2017 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt - den wiederholten Protesten und Kritiken von Seiten der Selbstorganisationen von Rom_nja und Sinti_zze und ihrer Bündnispartner_innen zum Trotz. Obwohl der Film rassistische Vorurteile über Rom_nja auf unterschiedlichen Ebenen reproduziert, wurde er einem breiten Publikum unkommentiert präsentiert. Darüber hinaus soll der Film zukünftig als Unterrichtsmaterial an Schulen eingesetzt werden. Aus der Perspektive der Jugendbildungsarbeit und mit Blick auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Diskriminierung, sind die Folgen der Verbreitung solcher rassistischer Narrative und Bilder so verantwortungslos wie fatal.

Silas Kropf, Vorstandsmitglied von Amaro Drom e.V., führt aus: „Dass in unserer heutigen Zeit ein solcher mit Rassismen behafteter Film produziert und veröffentlicht wurde, der sich obendrein an Kinder richtet, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland und anderenorts mit größter Sorge zu betrachten. Jahrhundertalte antiziganistische Klischees mit der Intention zu verwenden, Toleranz und Akzeptanz zu vermitteln, ist ein Armutzeugnis und ignoriert die Tatsache, dass das Publikum zumindest unterbewusst sehr zugänglich für diese Art von Stereotypisierung ist. Dra-



Amaro Drom e.V.

matischer wird es, wenn es den Verantwortlichen in der Konfrontation an einem Mindestmaß an Einsicht fehlt und sie

versuchen, den Mitgliedern einer diskriminierten Minderheit ihre erlittene Diskriminierung abzusprechen. Alle in dieser Debatte involvierten Akteur_innen, auch die Selbstorganisationen, sollten den Film zum Anlass nehmen, den Antiziganismus weiter zu thematisieren und alternative Bildungsinhalte anzubieten.“

Seit 2006 engagieren sich junge Rom_nja und Nicht-Rom_nja im Verein Amaro Drom für gesellschaftliche Teilhabe und gegen Rassismus. Dabei kämpfen sie auch für ein selbstbestimmtes Bild ihrer vielfältigen Lebensrealitäten und Identitäten als Rom_nja und Sinti_zze in Deutschland. Rassistischen Stereotypen über Rom_nja setzen sie ihre Selbstrepräsentationen entgegen. Seit elf Jahren leistet Amaro Drom zudem antirassistische Bildungsarbeit für Jugendliche der Mehrheitsbevölkerung.

Die vollständige Stellungnahme von AMARO DROM e. V. kann eingesehen werden unter <http://www.djo.de/de/content/stellungnahme-von-amaro-drom-ev>.

Romane Krla „Die Roma Stimme“ – ein neues Projekt von Amaro Drom

Das Projekt, das im Juni 2017 begann und im Dezember 2018 endet, bietet jungen Rom_nja-Aktivist_innen und Multiplikator_innen die Gelegenheit, auf ihren bisherigen Erfahrungen aufbauend ihre Fähigkeiten zu erweitern und zu entwickeln, um Multiplikator_innen für die Geschichte und Erinnerungskultur von Rom_nja, Jüd_innen (und andere Minderheiten) zu werden. Die Teilnehmer_innen erlernen didaktische und pädagogische Fähigkeiten, die ihnen Wissen und praktische Fertigkeiten zur Verfügung stellen, um pädagogische und informative Aktivitäten umzusetzen, die ein Bewusstsein für die Ermordung von Rom_nja, Jüd_innen und anderen Minderheiten während des Zweiten Weltkrieges sowie vergangene und aktuelle Mechanismen von Rassismus schaffen. Die Teilnehmer_innen, die das gesamte Training absolvieren, erhalten ein Zertifikat und werden Teil des Amaro Drom Referent_innen-Pools, über den sie zukünftig für Workshops zu den Themen Erinnerungskultur und Menschenrechtsbildung angefragt werden können. Dadurch wird die Or-

ganisation den vielen Anfragen auf diesen Gebieten besser gerecht werden können. Die Trainings werden im Abstand von zwei Monaten in Berlin stattfinden. Die Workshops sind offen für Teilnehmer_innen aus ganz Deutschland, die Kosten für Anfahrt, Unterkunft und Verpflegung werden von der Organisation übernommen.

Eine detaillierte Darstellung des Projekts finden Sie in der Dezember-Ausgabe des djo-Infomagazins „Pfeil“ unter <http://www.djo.de/de/page/djo-magazin-pfeil>

Infos:

Amaro Drom e. V.
Prinzenstr. 84, Aufgang I
10969 Berlin
Tel: 0 30 / 61 62 00 10

<http://amarodrom.de/romane-krla-0>

Ansprechpartner:

José Fernández
Projektleiter Romane Krla
jose@amarodrom.de

Neue Bildungsmaterialien für Naturerlebnisse mit jungen Geflüchteten

In den letzten 25 Jahren haben sich die „Umwelt-detektive“ (UWD) als erfolgreiche Marke für die Umweltbildungsarbeit der Naturfreundejugend und der NaturFreunde etabliert. In diesem Jahr wurden von der Naturfreundejugend neue UWD-Materialien entwickelt und sind ab jetzt kostenlos bestellbar. Mit den Materialien lassen sich Naturerlebnisveranstaltungen für Kinder mit unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Hintergründen konzipieren. Die Aktionskartensets und begleitenden Handbücher zu den Themen Einstieg & Kennenlernen, Feuer, Wasser, Erde und Luft sind eine Kombination aus naturpädagogischen Aktionen und spielerischer Sprachförderung. Die Anleitungen für die Kinder sind in einfacher Sprache formuliert und enthalten zum besseren Verständnis viele kindgerechte Illustrationen.

Jedes Kind erhält zudem als persönliches Andenken ein „Erlebnisbuch“. In dieses Mitmachheft kann es seine Entdeckungen malen, einkleben oder schriftlich festhalten. Die neuen Materialien stehen allen Interessierten zur Verfügung und können über den Shop der Naturfreundejugend Deutschlands gegen eine Versandgebühr bestellt

werden. Drei kostenlose Fortbildungen zum Thema „Naturerlebnis und Umweltbildung mit jungen Geflüchteten“ finden von Februar bis Mai 2018 statt.

Infos:

Larissa Donges
Bildungsreferentin für Umwelt & Nachhaltigkeit
Bundesgeschäftsstelle Naturfreundejugend
Deutschlands



Warschauer Straße 59 a
10243 Berlin
Tel: 0 30 / 29 77 32 74

donges@naturfreundejugend.de

www.naturfreundejugend.de/UWDgrenzenlos

Neue „Fachstelle für Radikalisierungsprävention im Naturschutz“

Völkisch-nationalistische und rechtsextreme Ideologien im Umwelt- und Naturschutz gehören leider nicht der Vergangenheit an. Deshalb bauen die NaturFreunde und die Naturfreundejugend Deutschlands gemeinsam eine Fachstelle für Radikalisierungsprävention im Naturschutz auf.

Hier sollen rechte und völkische Strömungen im Natur- und Umweltschutz identifiziert und mithilfe aktiver Bildungsarbeit ihrer Verbreitung insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die sich im Umweltschutz engagieren, verhindert werden. Das Ziel: Engagement im Naturschutz muss Hand in Hand gehen mit dem Engagement für Demokratie und Menschenrechte.

Mit extrem rechtem Naturschutz sind stets auch demokratiefeindliche und menschenverachtende Inhalte verknüpft. Sie sind nicht immer sofort sichtbar und gelangen so „unter falscher Flagge“

in die „Mitte“ der Gesellschaft und in die Politik. Über Heimat darf wieder gesprochen werden, versteckte Biopolitik (Familienplanung) gehört längst zum Repertoire der deutschen Entwicklungspolitik. Die neuen und alten Rechten besetzen populäre Forderungen mit ihren menschenverachtenden Inhalten neu und verbreiten so unter dem Deckmantel des Naturschutzes ihre Ideologien. Dem gilt es entgegen zu treten.

Infos:

Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz

Lukas Nicolaisen

Tel: 0 30 / 29 77 32 75

nicolaisen@naturfreunde.de

http://www.nfjd.de/mitmachen/-/show/3746/Neue_Fachstelle_fuer_Radikalisierungspraevention_im_Naturschutz/

Beschluss der Naturfreundejugend – keinen Fußbreit der AfD

Beschlossen am 3.12.2017 auf dem Bundesausschuss in Dortmund

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) hat sich seit ihrer Gründung 2013 zunehmend politisch am rechten Rand positioniert. In der Öffentlichkeit präsentiert sie sich wiederholt mit menschenverachtenden und rassistischen Parolen sowie Hetze gegen Menschen, die sie als anders definiert.

Das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017 ist nach unserer Einschätzung in weiten Teilen unvereinbar mit dem deutschen Grundgesetz. Mit ihrer Forderung, die Genderforschung abzuschaffen, greift die AfD zum Beispiel die in Artikel 5, Abs. 3 des Grundgesetzes festgelegte Freiheit der Forschung an. Zudem bekämpft sie die Pressefreiheit (garantiert durch Art. 5, Abs. 1 GG) und positioniert sich somit auch hier außerhalb des Grundgesetzes.

Die Auswirkungen des Klimawandels und den entscheidenden Beitrag des Menschen dazu werden von der AfD in ihrem Grundsatzprogramm entgegen aller wissenschaftlicher Forschungen geleugnet oder verharmlost. Auch in anderen Themengebieten drückt die AfD ihre Forderungen

oft verharmlosend und widersprüchlich aus, so dass ihre menschenrechtswidrigen Auffassungen zu wenige Menschen abschrecken und manche fälschlicherweise begeistern.

Insbesondere junge Menschen möchte sie entrichten: sei es mit der Forderung nach einer Strafmündigkeit ab zwölf Jahren oder mit der Ausnutzung parlamentarischer Instrumente wie kleinen Anfragen, um Informationen über antirassistisch arbeitende oder ihnen einfach unbequeme Jugendverbände zu sammeln und unsere jugendliche Selbstbestimmung anzugreifen.

Wir wollen der „Alternative für Deutschland“ als rechtspopulistische Partei aktiv entgegentreten und ihren rassistischen und intoleranten Positionen keine Bühne bieten. Wir stehen für eine demokratische, solidarische und vielfältige Gesellschaft ein und wahren gegenseitige Achtung, unabhängig von religiösen, kulturellen und weltanschaulichen Unterschieden.

Das vollständige Positionspapier ist zu lesen unter http://www.naturfreundejugend.de/positionen/-/show/3771/Keinen_Fussbreit_der_AfD/.

Bundesweite Aktionen, Informationen**Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Projektmitarbeiter_innen aus – Rechtsextremismuspräventionsprojekten in Hessen erfolgreich verhindert**

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hatte in mehreren Bewilligungsbescheiden des laufenden Haushaltsjahres etablierten Trägern von Präventionsangeboten gegen Rechtsextremismus und Rassismus die Auflage erteilt, dass Mitarbeitende erst eingestellt werden dürften, nachdem sie sich einer Anfrage beim Hessischen Verfassungsschutz unterworfen haben und diese unbedenklich ausfällt. Als Begründung wurden vor allem Erfahrungen mit dem Islamismus nahestehenden Mitarbeitenden in geförderten Präventionsprojekten gegen Islamismus und Salafismus in Hessen genannt. Die Träger, überwiegend seit Jahren und Jahrzehnten in den genannten Arbeitsbereichen verantwortlich und engagiert tätig, empfanden dies als Ausdruck einer Misstrauenskultur und Aufkündigung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Das Vorhaben betraf im laufenden Haushaltsjahr zunächst die im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ geförderten Träger. Im Haushaltsjahr 2018 sollten diese Eingriffe in die Selbstbestimmungsrechte von (potenziellen) Mitarbeiter_innen und die Einstellungspraxis der Träger ursprünglich auf alle geförderten zivilgesellschaftlichen Projekte im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport ausgeweitet werden und hätten so ggf. auch die komplette Landesförderung für die Bereiche Sport, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk umfasst. Dieses Vorhaben hat umfangreiche Proteste der betroffenen Träger und erhöhte Aufmerksamkeit auch auf Bundesebene hervorgerufen. Der Bundesverband Mobile Beratung meldete sich beispielsweise mit einer ausführlichen Stellungnahme zu Wort (vgl. <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2017/11/29/land-hessen-kuendigt-vertrauensvolle-zusammenarbeit-auf/>).

Der Bundesverband hat außerdem ausführlich die Reaktionen auf das Vorhaben dokumentiert.). Der Hessische Jugendring, die Sportjugend Hessen und andere betroffene Träger haben sich schriftlich und mündlich an verschiedene Politiker_innen gewandt und auch die Grünen als Koalitionspartner der CDU in Hessen mobilisiert, bis schließlich Bewegung in die Angelegenheit kam:

Am 11. Dezember fand dann ein Gespräch der von der drohenden Regelüberprüfung von Mitarbeitenden betroffenen Verbände mit dem hessischen Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth (CDU), statt. Der Minister hat dabei die Arbeit der beteiligten Träger ausdrücklich gewürdigt und die Bedeutung der Zusammenarbeit betont. Er hat angekündigt, dass anerkannte Träger der freien Jugendhilfe (SGB VIII) und anerkannte Träger nach dem Hessischen Weiterbildungs-gesetz (HWBG) nicht von der Überprüfung betroffen seien. Außerdem hat der Minister ausgeführt, dass das Land Hessen niemanden prüfen müsse, wenn der Bund schon geprüft habe. Diese Aussage bezieht sich u. a. auf die Mittel des Bundes und des Landes für das Landesdemokratiezentrum Hessen. Damit ist zumindest gewährleistet, dass alle bisherigen Träger im o. g. Bereich von der Regelüberprüfung ihrer (potenziellen) Mitarbeitenden ausgenommen sind. Es ist daher davon auszugehen, dass die Träger für das Haushaltsjahr 2018 einen Bewilligungsbescheid ohne den entsprechenden Passus zur Überprüfung durch den Verfassungsschutz erhalten werden, was sicherlich als politischer Erfolg und als Durchbruch bezeichnet werden kann. Für neue Träger soll jedoch an der Regelung festgehalten werden, für die parallel durch zwei Gesetze die Rechtsgrundlage im Hessischen Landtag geschaffen werden soll.

Projekte mit jungen Geflüchteten unter die Lupe genommen – Landesjugendring NRW zieht Bilanz aus über 500 umgesetzten Projekten

2016 gab es für junge Geflüchtete vor allem Projekte der ersten Orientierung, 2017 sind aus diesen Angeboten viele Projekte entstanden, die junge Geflüchtete selbst organisierten. Beim Fachtag

„Junge Geflüchtete in Jugendverbänden“ stellten die Jugendlichen den rund 150 Gästen ihre Projekte vor und diskutierten mit Jürgen Schattmann vom Jugendministerium über die Perspektiven



junger Geflüchteter in NRW. Einen Überblick über die umgesetzten Projekte bietet eine Broschüre (<https://flucht.ljr-nrw.dev.itsmind.com/2017-11-07-01-Webversion-Alles-verlinkt.pdf>), die der Landesjugendring NRW beim Fachtag präsentierte. Hier gibt es

viele Beispiele mit Gelingensfaktoren und Stolpersteinen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten. Zur Pressemitteilung des Landesjugendrings NRW geht es unter <http://ljr-nrw.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung-detail/article/projekte-mit-jungen-gefluechteten-unter-die-lupe-genommen.html>.

Fortbildung, Coaching und Beratung des LJR Berlin im Projekt „Vom FÜR zum MIT“

Im Projekt „Vom FÜR zum MIT“ können Jugendverbände und Jugendbildungsstätten individuell Fortbildungs-, Coaching- und Beratungsstunden nutzen, um Fragen und Bedarfe in der Arbeit mit jungen Geflüchteten zu klären. Mit dem Projekt sollen Strategien und Formate entwickelt werden, um jungen Geflüchteten einen gleichberechtigten Zugang in die Mitwirkungsstrukturen der Jugendverbandsarbeit zu ermöglichen. Jugendverbände

und Jugendbildungsstätten sollen in ihrer Zusammenarbeit mit jungen Geflüchteten unterstützt werden. Es steht ein Kontingent an Fortbildungs-, Coaching und Beratungsstunden bereit, das von Jugendverbänden und Jugendbildungsstätten individuell genutzt werden kann.

Mehr Informationen stehen bereit unter <http://www.ljrberlin.de/junge-gefluechtete-fortbildung-coaching-und-beratung>.

Vorschläge des Deutschen Bundesjugendrings zum Umgang mit demokratiefeindlichen, rassistischen und menschenfeindlichen Organisationen und Parteien

Seit der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 24. Oktober 2017 sitzt mit der AfD eine rassistische, nationalistische und demokratiefeindliche Partei im Parlament. In Kommunen und Ländern sind längst solche Parteien und Organisationen aktiv. Aus Erfahrungen der Jugendverbände und Jugendringe hat der Deutsche Bundesjugendring Vorschläge zum Umgang mit diesen Parteien und Organisationen zusammengestellt. Darin finden sich Tipps für z. B. folgende Fragen: Was kann man als Jugendverband tun, wenn ein rechter Shitstorm auf der eigenen Facebook-Seite angezettelt wurde? Wie

gehen wir als Jugendverbände im verbandlichen und politischen Alltag mit rechten Organisationen und Parteien um?



Ergänzt werden die Vorschläge durch Zusammenstellungen zu rechtlichen Fragen und Basisinformationen zur AfD. Die Vorschläge können heruntergeladen werden

unter <https://www.asj.de/sites/default/files/documents/DBJR-vorschlaege-umgang.pdf>.

Die soziale und ökonomische Lage ist nicht entscheidend für die Wahl der AfD

Die Aussage „arm, ungebildet, männlich, abgehängt wählt aus Protest rechtspopulistisch“, stimmt so nicht. Den die typischen rechtspopulistischen Wähler_in gibt es nicht. Dies ist das Ergebnis einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Darin vergleichen Heiko Giebler und Sven Regel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) den Einfluss von politischen Einstellungen und die Daten aus dem sozioökonomischen Disparitäten-

bericht der FES mit den Ergebnissen von sieben Landtagswahlen von 2014 bis 2016.

Hieraus folgt, dass die wirtschaftlichen und sozialen Erklärungen alleine nicht ausreichen, um rechtspopulistische Wahlentscheidungen zu erklären. Diese Gruppe an Wähler_innen ist unterschiedlicher als angenommen. Die jeweilige Situation vor Ort prägt sehr stark die einzelnen Beweggründe rechtspopulistisch zu wählen. Sie kann im Zusammenhang mit der persönlichen,

ökonomischen und sozialen Situation, den individuellen politischen Einstellungen und der jeweiligen Bewertung der Landesregierung stehen.

Weitere Informationen und Download sind erhältlich unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13935.pdf>.

Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulist_innen

Eine neue Handreichung des Bundesverbands Mobile Beratung e. V. gibt jetzt – aufbauend auch auf den Erfahrungen aus den Ländern – konkrete Tipps zum Umgang mit der AfD und anderen Rechtspopulist_innen. Die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus aus allen 16 Bundesländern haben ihre Erfahrungen und

Beobachtungen gesammelt und ausgewertet. Das Ergebnis ist ein 36 Seiten starkes Papier mit praktischen Anregungen zum Handeln.

Die Broschüre kann heruntergeladen werden unter <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2017/11/09/ignorieren-entzaubern-widersprechen/>.

CAMPACT versus AfD

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich politisch einmischen, laufen aufgrund spezieller Traditionen der Interpretation des Gemeinnützigkeitsrechts immer wieder Gefahr, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Dagegen hat sich Mitte 2015 die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ gegründet, um die jeweils regierenden Parteien zu überzeugen, die bestehende Rechtsunsicherheit zu beseitigen. Nun versucht auch die AfD, aus der Rechtsunsicherheit Profit zu schlagen. Das Kampagnennetzwerk CAMPACT

hatte über die Positionen der AfD während der Bundestagswahl aufgeklärt, nachdem dies 92 Prozent der Unterstützer_innen aufgrund einer Befragung gewünscht hatten. Allein mit einem Video bei Facebook erreichten sie dabei 2,4 Millionen Menschen. Ein AfD-Abgeordneter verlangt nun vom zuständigen Finanzamt, CAMPACT die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Weitere Informationen sind erhältlich unter <https://blog.campact.de/2017/11/afd-gemeinnuetzigkeit/>.

Rechtsextreme Positionen, Symbole, Codes, Akteur_innen und Präsentationsformen sicher erkennen und einordnen können

Einer Sozialarbeiterin fällt auf, dass eine 15-jährige Schülerin, die regelmäßig den Jugendtreff besucht, sich zunehmend rassistisch äußert. Zudem machen andere Jugendliche die Sozialarbeiterin darauf aufmerksam, dass die Schülerin das T-Shirt einer rechtsextremen Band trägt. Was nun? Einige

Anregungen dafür liefert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) in einem Beitrag auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256707/tipps-fuer-jugendeinrichtungen>.

Das Deutsch Institut für Menschenrechte legt zweiten Bericht über die Menschenrechtssituation in Deutschland vor

Aus den vielfältigen menschenrechtlichen Fragestellungen, wie sie beispielsweise in den Empfehlungen der Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen und des Europarats an Deutschland erkennbar werden, greift der Bericht verschiedene Themen auf, die Menschen betreffen, die aufgrund ihrer Lebenslage besonders verletzlich

sind. Besonders geht der Bericht auf die Lage geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften und Geflüchteter mit Behinderungen ein. Eine ausführliche Zusammenfassung des Berichts findet sich unter http://jugendsozialarbeit.news/menschenrechtssituation_2017/.

Broschüre „Auf geht’s! Wie Jugendverbandsarbeit funktioniert“

Die zweite Auflage der Broschüre „Auf geht’s! Wie Jugendverbandsarbeit funktioniert“ des Hessischen Jugendrings ist ab sofort wieder in der Druckfassung verfügbar. Die Broschüre enthält alle wichtigen Informationen zur Vereinsgründung und Tipps zum Aufbau von Jugendgruppen. Von rechtlichen Fragen über die inhaltliche Gestaltung bis hin zur Qualifikation der Mitwirkenden werden zahlreiche Facetten der Jugendarbeit übersicht-

lich thematisiert.

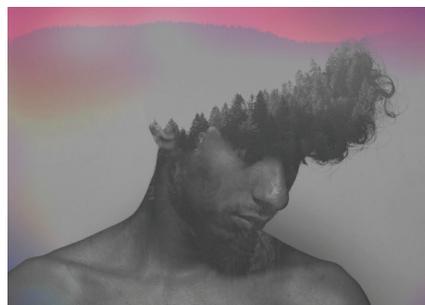
Die Broschüre kann bestellt werden unter <http://www.hessischer-jugendring.de/publikationen/bestellformular.html> oder heruntergeladen werden unter http://www.hessischer-jugendring.de/fileadmin/user_upload/pdf/Arbeitshilfen/Broschüre_Auf-geht_s_Neuaufgabe_20171130_Gesamt_kleiner.pdf.

Filmreihe des Medienprojekt Wuppertal „Heimat ist, wo ...“ zum Thema Heimat und Nationalgefühl ist erhältlich

Aktuelle Erhebungen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Jugendlichen sich (wieder) positiv zur „eigenen“ Nation bekennt. Eine Mehrheit unter den Deutschen „mit Migrationshintergrund“ fühlt sich „deutsch“, viele Jugendliche sind stolz auf Deutschland als Heimatland. Heimat und Nationalgefühl spielen eine identitätsstiftende Rolle in einer globalisierten und heterogenen Welt, die für viele Jugendliche zunehmend unüberschaubar und unsicher wirkt. Individuell biografisch besitzen junge Menschen höchst unterschiedliche Bezüge zum Begriff Heimat.

Diese Vielschichtigkeit der Perspektiven versucht die mit Jugendlichen produzierte Filmreihe mit einer Bandbreite an Protagonist_innen aus unterschiedlichen sozialen Bildungsschichten und

Hintergründen abzudecken. Im Zentrum der Filme stehen die Fragen: Was heißt Heimat, Deutschsein, Migrant_in-Sein und Nationalgefühl für junge Menschen in Deutschland heu-



te? Was verbirgt sich hinter den Begriffen Nation und Vaterland und worauf beruht ein positives oder negatives Nationalbewusstsein?

Infos zu Kauf, Ausleihe oder Stream befinden sich unter <https://www.medienprojekt-wuppertal.de/heimat-ist-wo-eine-filmreihe-zum-thema-heimat-und-nationalgefuehl>.

Erklärung der No Hate Speech Bewegung – Die Würde des Menschen ist unhassbar

Das Nationale Komitee der NO HATE SPEECH Bewegung Deutschland erklärt anlässlich des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember:

Der Bundestagswahlkampf hat es vorgemacht, die neue Zusammensetzung des Parlaments hat es bestätigt: Der Ton wird rauer. In der analogen Welt, vor allem aber im Netz gewinnt der Hass an Lautstärke. Ein breites Bündnis aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft stellt sich geschlossen dagegen.

Am 10. Dezember 2017, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, rufen wir laut zurück: Die Würde des Menschen ist unhassbar!

Unsere Gesellschaft wird von gemeinsamen Werten zusammengehalten. Dazu gehört die freie Meinungsäußerung. Dazu gehört aber auch,



NO HATE
SPEECH
MOVEMENT

die Würde eines Menschen zu schützen, wenn sie angegriffen wird. Diese Werte spiegeln sich auch in den Gesetzen wider, die alle

hier lebenden Menschen vor Diskriminierung schützen sollen.

Jede_r hat das Recht, diskriminierungsfrei zu leben. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gilt für alle ohne Unterschied. Alle Menschen haben Anspruch auf Schutz gegen Diskriminierung und gegen jede Aufhetzung zur Diskriminierung. Niemand sollte Hassrede akzeptieren oder aushalten müssen.

Wer verbal Menschen herabsetzt, beleidigt und bedroht, pfeift auf die Menschenrechte.

Wir brauchen eine laute und starke zivile Gegenbewegung. Wir plädieren deshalb in aller Dringlichkeit für eine zivile Debattenkultur, die sich einmischt. Denn wir wollen die Deutungshoheit im Netz nicht denjenigen überlassen, die hetzen, pöbeln, drohen – wir wollen diejenigen stärken, die sich laut gegen Hass aussprechen. Und denjenigen Mut machen, die noch schweigen. Rechtliche Vorgaben müssen beachtet und auch durchgesetzt werden; auch die Netzwerkbetreiber müssen hier ihrer Verantwor-

tung nachkommen.

Wer Hassrede begegnen will, muss nicht nur die Täter_innen zur Verantwortung ziehen, sondern vor allem die Betroffenen in den Blick nehmen. Sie brauchen unsere Solidarität.

Nur das ist aktiver Menschenrechtsschutz.

Die vollständige Erklärung ist verfügbar unter http://www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2017/12/Erklaerung_NoHateSpeechKomitee_Menschenrechte.pdf.

Stoppt den Sozialabbau – Auch für EU-Bürger_innen gilt das Grundgesetz!

Resolution der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG Plesa)

In Deutschland leben etwa 52 000 Menschen auf der Straße, etwa die Hälfte von ihnen sind EU-Migrant_innen, so schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAGW) zum Winteranfang 2017. Für uns als Erwerbsloseninitiativen sind das nicht nur steigende Zahlen, sondern immer mehr Menschen kommen zu unseren selbstorganisierten Anlaufstellen, weil sie von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Viele von ihnen sind Unionsbürger_innen, die in bitterer Armut leben müssen, weil die Bundesregierung sie immer weiter von sozialen Rechten ausschließt. Angefangen mit dem Ausschluss von Hartz IV (2006) über die Verschärfung des Freizügigkeitsgesetzes (2014) bis zum Unionsbürger_innenausschlussgesetz (2016): Seit über zehn Jahren wird das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für EU-Bürger_innen mit den Füßen getreten. Diese restriktive Politik dient der Abschre-

ckung vor der Zuwanderung unerwünschter – weil armer – Personen und dem Zwang zur Arbeit.

Derzeit schauen alle Augen auf das Bundesverfassungsgericht, welches den neuen Ausschluss von EU-Bürger_innen-Ausschlussgesetz aus der Sozialhilfe bald prüfen wird. Denn das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gilt für alle Menschen. Wir fordern, das neue Ausschlussgesetz zu kippen. Wir lassen uns weder in In- und Ausländer_innen, noch in Nützliche und Überflüssige aufspalten. Wir fordern nicht nur die Abschaffung des Unionsbürger_innen-ausschlussgesetzes, sondern: Weg mit den Ausnahmen im § 7 SGB II. Für gleiche soziale Rechte und ein gutes, selbstbestimmtes Leben für alle!

Der vollständige Text ist abrufbar unter http://www.bag-plesa.de/bundestreffen/171124_BAG_Plesa.pdf.

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. (CBP) – Geflüchtete Menschen mit Behinderungen brauchen mehr Hilfen!

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen werden in Deutschland stark benachteiligt. Darauf weist der Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. (CBP) anlässlich des Welttages für Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember hin.

Die seit 2013 in Deutschland geltende EU-Aufnahmerichtlinie für Gruppen von „besonders schutzbedürftigen“ Geflüchteten ist noch immer nicht in nationales deutsches Recht umgesetzt worden. Nach dieser Richtlinie hätten Menschen, die in ihren Herkunftsländern Opfer von schwerer Gewalt,

von Folter oder anderen Menschenrechtsverletzungen geworden sind, aber auch alle Geflüchteten mit Behinderungen und/oder psychischen Erkrankungen, Anspruch auf besondere Versorgung. Der Familiennachzug für Geflüchtete ist für alle Betroffenen von herausragender Bedeutung, gerade aber für schwer traumatisierte und psychisch erkrankte Geflüchtete kann diese Frage existentiell sein.

Im Bundesteilhabegesetz (BTHG), das seit 1. Januar 2017 in Kraft ist, wurde in § 100 SGB IX ein Leistungsausschluss für Bezieher_innen von

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verankert. „Dieser Leistungsausschluss ist zu streichen“, sagt Dr. Thorsten Hinz, Geschäftsführer des CBP. „Durch den Zugang zu Leistungen des BTHG könnte sichergestellt werden, dass geflüchtete Menschen mit Behinderungen passgenaue und personenzentrierte Leistungen erhalten, die zu einer schnelleren und nachhaltigen Integration beitragen“, erklärt Dr. Thorsten Hinz.

Viele Mitgliedseinrichtungen und Dienste im CBP erbringen Hilfen und Unterstützungsleistungen für geflüchtete Menschen. Die Hilfen umfassen u. a. Erst- und Wohnungshilfen, Bildungsmaßnahmen und Vermittlungsangebote auf den ersten Arbeitsmarkt.

Die ungekürzte Pressemeldung ist abrufbar unter: <http://www.cbp.caritas.de>.

Perspektiven für junge Flüchtlinge schaffen statt gefährden – jetzt verantwortlich handeln!

Pressemitteilung des Flüchtlingsrates NRW

Die Unterzeichnenden, darunter die Jugendinitiativen Careleaver e. V. und Jugendliche ohne Grenzen (JoG), appellieren an Politik und Verwaltung, unbegleitete Minderjährige auf dem Weg in die Volljährigkeit nicht alleine zu lassen. Systembedingt werden zum Jahreswechsel jugendliche Geflüchtete regelmäßig volljährig (gemacht). Werden sie dann sich selbst überlassen, drohen Destabilisierung, Schul- und Ausbildungsabbrüche und im schlimmsten Fall die Obdachlosigkeit. Die Weichen für gute Übergänge und eine funktionierende Anschlussversorgung müssen daher jetzt von Politik und den zuständigen Trägern gestellt werden.

Unbegleitete Minderjährige gehören zu den besonders Schutzbedürftigen unter den Geflüchteten. Trotzdem werden ihnen fundamentale Rechte vorenthalten: So wurde ihr Recht auf Elternnachzug massiv eingeschränkt und ihre Unterbringung und Versorgung in vielen Kommunen unterhalb geltender Standards der Jugendhilfe vielfach hingenommen.

Mit der Volljährigkeit wird in zahlreichen Kommunen die Jugendhilfe beendet, obwohl es einen rechtlichen Anspruch auf Weitergewährung der Hilfe bis zum 21. Lebensjahr gibt, wenn ein individueller Bedarf vorliegt. Damit stellt sich insbesondere die Frage nach Unterbringung und Lebensunterhaltssicherung neu.

Fehlende Übergangsmechanismen, unzureichende Hilfe-Koordination, mangelnde Beratungsstruktu-

ren und nicht aufeinander abgestimmte Gesetze sowie Behördenpraxis sorgen hier für Perspektivlosigkeit: „Für meine Freunde ist der 18. Geburtstag ein Freudentag. Ich habe große Angst davor, 18 zu werden. Durch die Jugendhilfe bin ich dabei, meine Ziele im Leben zu erreichen und plötzlich soll damit Schluss sein“, sagt ein Jugendlicher, der von der Initiative Jugendliche ohne Grenzen (JoG) zu seinem bevorstehenden Geburtstag befragt wurde.

Belastend kommt die Angst vor Abschiebung hinzu, denn bei geduldeten Jugendlichen endet mit Erreichen der Volljährigkeit der Schutz vor der Abschiebung. Die Jugendhilfe ist in besonderem Maße gefordert, damit die erforderliche Unterstützung gewährt wird und der Übergang in die vorgesehenen Unterstützungssysteme gelingen kann.

Der vollständige Text ist abrufbar unter: <http://www.fnrnw.de/aktuell/artikel/f/r/pm-bumf-und-lf-re-perspektiven-fuer-junge-fluechtlinge-schaffen.html>.

Infos:

Flüchtlingsrat NRW e. V.

Birgit Naujoks

Wittener Straße 201

44803 Bochum

Tel: 02 34 / 58 73 15 60

info@fnrnw.de

www.fnrnw.de

Ein Jahr Basiskonto – Für Geflüchtete und Obdachlose dennoch kein sicherer Kontozugang

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg e. V., die Fachstelle Antidiskriminierung der Opferperspek-

tive e. V. und der Migrationsrat Berlin e. V. haben die Umsetzung des sogenannten Basiskontos in der Praxis überprüft. Ein Jahr nach dessen Ein-

führung sind immer noch deutliche Mängel in der Praxis der Banken zu beanstanden, die Geflüchtete und Obdachlose am härtesten treffen. Nach diesen Ergebnissen fordern die Organisationen die Politik und den Gesetzgeber dazu auf, die Umsetzungspraxis zu verbessern und das Recht auf ein Konto für alle Menschen zu gewährleisten.

Das Basiskonto ist ein Zahlungskonto für Verbraucher_innen mit grundlegenden Funktionen, auf das jede Person einen Rechtsanspruch hat. So sehen es das Zahlungskontengesetz und die Zahlungskonto-Identitätsprüfungsverordnung vor, mit denen im Juni bzw. im Juli 2016 die Zahlungskontenrichtlinie der Europäischen Union ins deutsche Recht umgesetzt wurde.

„Die neuen Regelungen haben in der Praxis Verbesserungen beim Zugang zum Konto gebracht und einige Hürden wie die der mangelnden Sprachkenntnisse effektiv abgebaut. Dennoch ist die Gesetzeskenntnis bei den Bankmitarbeiter_innen in den Geldinstituten nicht verankert. Das hat zur Folge, dass geflüchtete Menschen und Menschen ohne einen festen Wohnsitz immer noch mittelbar diskriminiert werden“, so Cristina Martín Asensio von der Fachstelle Antidiskriminierung des Opferperspektive e. V.

Die Organisationen sehen drei Problembereiche in der Umsetzung des Basiskontos. Am schwierigsten ist bei Banken und Sparkassen die Kontoeröffnung

für Menschen, die nicht polizeilich gemeldet sind. Dabei verlangt das Zahlungskontengesetz lediglich die postalische Erreichbarkeit der Kund_innen (z. B. über Freund_innen oder Beratungsstellen). Auch bei den Identitätsnachweisen, die für Kontoeröffnungen verlangt werden, gibt es Probleme. Viele befragte Geldinstitute akzeptieren entgegen der Zahlungskonto-Identitätsprüfungsverordnung Duldungen und Ankunftsbescheinigung oft nicht als ausreichende Ausweisdokumente. Tatsächlich von der Eröffnung eines Kontos ausgeschlossen sind geflüchtete Menschen, die nur im Besitz einer Fiktionsbescheinigung sind. Die Verordnung erkennt diese nicht als Identifikationsdokument an. Hier besteht eine Gesetzeslücke.

Der vollständige Bericht zur Umsetzungspraxis des Basiskontos kann eingesehen werden unter

https://gallery.mailchimp.com/9bbd3ec3c6617ea1f88baa33a/files/2558d52f-c9ca-450d-ba80-ccc277a42388/171122_Ein_Jahr_Basiskonto_FINAL.01.pdf.

Die vollständige Stellungnahme der drei Organisationen zum Gesetzesentwurf finden Sie online unter http://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Stellungnahmen/2015/Downloads/10022015_Gemeinsame_Stellungnahme_MRBB_Opferperspektive_TBB_advd_RefE_Zahlungskonten.html.

Neue Bewerbungsphase für das ASA-Programm

Am 20. November 2017 startete die Bewerbungsphase des ASA-Programms von Engagement Global (<https://asa.engagement-global.de/teilnehmen.html>). Seit über 55 Jahren bietet das Lern- und Qualifizierungsprogramm jungen Menschen verschiedener Berufs- und Studienfelder einen Ort für gemeinsames Lernen im internationalen Kontext, Perspektivwechsel und gesellschaftliches Engagement. 2018 vergibt das ASA-Programm etwa 300 Stipendien. Bis zum 10. Januar 2018 können sich Studierende, Bachelor-Absolvent_innen sowie Fachkräfte zwischen 21 und 30 Jahren online bewerben unter <https://asa.engagement-global.de/online-bewerben.html>.

Die Teilnahme umfasst Seminare und ein mehrmonatiges Projektpraktikum in einem Land Afrikas, Asiens, Lateinamerikas oder Südosteuropas – sowie für einige Projekte auch eine Praktikumsphase in Deutschland. So gibt das ASA-Programm

Impulse für die Auseinandersetzung mit globalen Zusammenhängen und Machtstrukturen. Zudem erarbeiten sich die Teilnehmenden Gestaltungskompetenzen, damit sie sich langfristig und wirksam in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen für nachhaltige Entwicklung und eine solidarische und gerechte Welt stark machen können.

Die Reflexion des eigenen Lernprozesses und der eigenen Position innerhalb globaler Machtstrukturen ist dabei fester Bestandteil des Programmablaufs. Ein großes Alumni-Netzwerk lädt außerdem dazu ein, das Programm mitzugestalten, sich weiterzubilden und gemeinsam Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu erkunden.

Infos:

Engagement Global gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Lützowufer 6-9

10785 Berlin
Paula van Aken
paula.vanaken@engagement-global.de

Telefonische Bewerbungsberatung: 0 30 / 25 48
28 10
<http://www.asa-programm.de>

Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“

Ziel des Bundeswettbewerbs ist es, hervorragende kommunale Aktivitäten zur Integration von Migrant_innen und zur Förderung des Zusammenlebens zu initiieren, zu identifizieren, zu prämiieren sowie in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Damit soll zur Nachahmung guter Praxis angeregt werden.

Für die prämierten Wettbewerbsbeiträge stellt das Bundesministerium des Innern insgesamt bis zu 1 Mio. Euro zur Verfügung.

Bewerbungsschluss ist der 31. Dezember 2017.

Infos:

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Wettbewerbsbüro Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin

kommunalwettbewerb-zusammenleben@difu.de
<https://kommunalwettbewerb-zusammenleben.de>

„Aus meiner Sicht – Flüchtlinge teilen ihre Perspektive“ – Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Was bewegt einen Menschen, der seine Heimat wegen Krieg, Verfolgung oder Armut verlassen musste? Was hat er erlebt? Welche Träume hat er? Mit welchen Problemen ist er konfrontiert, und was macht ihm Hoffnung?

Die Auseinandersetzung mit der persönlichen Perspektive von Menschen mit Fluchtgeschichte ist das Ziel dieses Projekts, das Menschen mit Fluchterfahrung dazu ermutigen möchte, in Mini-Projekten mit verschiedenen Darstellungsformen ihre Perspektive mit anderen zu teilen. Der Einzelfall soll dadurch in den Vordergrund gerückt und somit zum Abbau von Pauschalisierungen und Vorurteilen beigetragen werden.

Hauptverantwortliche Person der Mini-Projekte muss ein Mensch mit Fluchtgeschichte sein. Eine weitere Person oder Einrichtung sollte unterstützend tätig sein. Die Antragsstellung erfolgt im Tandemverfahren. Die Mini-Projekte sollen persönliche Erfahrungen, Eindrücke und Meinun-

gen von Menschen mit Fluchtgeschichte zum Inhalt haben, z. B. politische Situationen im Herkunftsland, die Perspektive auf die neue Heimat, Probleme im deutschen Alltag, Wünsche, Ziele und Träume.

Die Veranstaltungen müssen einem deutschsprachigen Publikum zugänglich sein.

Förderanträge können ab sofort gestellt werden. Weitere Informationen befinden sich unter http://stiftung-gegen-rassismus.de/wp-content/uploads/2017/05/Flyer_2017.pdf.

Infos:

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Goebelstr. 21 a
64293 Darmstadt

Ansprechpartnerin: Yasmin Khurshid
Tel: 0 61 51 / 33 99 71

yk@stiftung-gegen-rassismus.de
www.stiftung-gegen-rassismus.de

Asyl-Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) fördert Informations- und Sensibilisierungsprojekte zum Thema Migration

Die EU-Kommission hat im Rahmen des „Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds“ (AMIF) eine neue Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen mit unterschiedlichen Prioritätsbe-

reichen veröffentlicht. Anträge können bis zum 1. März 2018 gestellt werden.

Im Rahmen von Priorität 1 werden Projekte zur Sensibilisierung für den Beitrag, den Migrant_in-

nen zu den europäischen Gesellschaften leisten gefördert. Hintergrund sind in der öffentlichen Meinung verbreitete negative Bilder über Migrant_innen. Durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, lokaler, regionaler und nationaler Behörden sowie Organisationen der Zivilgesellschaft sollen positive Narrative gefördert werden, die den gesellschaftlichen Beitrag von Migrant_innen betonen. Ziel ist es,

- Sensibilisierungsaktivitäten zu fördern, die den positiven Beitrag von Migrant_innen für die Gesellschaft hervorheben,
- tatsächliche Fakten zu Migration und Integration zu kommunizieren,
- Stereotype gegen Migrant_innen zu bekämpfen,
- Personen aus Drittstaaten dabei zu unterstützen, ihre Meinung in der öffentlichen Debatte um Migration und Integration zu äußern.

Folgende mögliche Projektaktivitäten sind genannt (nicht erschöpfende Auflistung):

- Projekte in Schulen, Sportvereinen und Jugendclubs,
- Audiovisuelle Kampagnen, auch für soziale Medien, zur Verbreitung von persönlichen Erfahrungsberichten von Menschen aus Drittstaaten und EU-Bürgern in Bezug auf Integration und Migration,
- Weiterbildungen für Medienfachkräfte zur Recherche und Kommunikation von tatsächlichen Fakten zum Thema Migration und darüber, welchen Beitrag den Migrantinnen und Migranten für die Gesellschaft leisten,
- Öffentliche Kommunikationskampagnen lokaler oder nationaler Behörden.

Für diese Priorität stehen insgesamt 5 Mio. Euro zur Verfügung. Zum vollständigen Aufruf gelangen Sie unter <http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/amif/topics/amif-2017-ag-inte-01.html>. Eine Übersicht zu allen derzeit freigeschalteten Aufrufen im Rahmen des AMIF erhalten Sie <https://tinyurl.com/yadglzqv>.

Zusatzqualifizierung „Rechtsextremismus und Familie“ – Beratung von Angehörigen rechtsextrimer Jugendlicher und zum Umgang mit rechtsextremen Familien und ihren Kindern

Termine: 4. bis 6. April, 18. bis 20. Juni, 10. bis 12. September, 5. bis 7. November 2018 in Bremen

Auch im Jahr 2018 bietet die Fachstelle Rechts extremismus und Familie im LidiceHaus Bremen von April bis November wieder die Zusatzqualifizierung „Rechtsextremismus und Familie“ an. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Fachkräfte, die im Schwerpunkt Rechtsextremismus arbeiten und Mitarbeiter_innen der Regelstruktur der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Teilnehmenden lernen auf die steigende Beratungsnachfrage im Themenzusammenhang Rechtsextremismus und Familie bedarfsgerecht zu reagieren und Wege praktikabler Beratungskonzepte zu entwickeln und anzubieten, indem sie:

- Kompetenzen entwickeln, Problemlagen im Kontext rechtsextrimer Ideologie und Subkultur zu erkennen und darauf aufbauend ihr „Handwerkszeug“ der Gesprächsführung und Beratung verfeinern,

- Informationen über Strukturen und Arbeitsweisen rechter (Jugend-) Organisationen einordnen und bewerten können,
- sich mit der Funktion von Familien im Zusammenhang mit der Herausbildung rechtsextrimer Denk- und Verhaltensweisen auseinandersetzen,
- Einblicke in jugendliche mediale Lebenswelten erhalten,
- sich vertiefend mit dem Zusammenhang von Gender und Rechtsextremismus auseinandersetzen,
- Überblick über die rechtlichen Bestimmungen im Zusammenhang von Familie und Rechtsextremismus erhalten,
- arbeitsfeldübergreifend Erfahrungen austauschen und sich für den eigenen Beratungskontext sowie die Entwicklung eines Kooperationsnetzwerkes weiterqualifizieren.

Infos:

Lisa Hempel

Tel: 04 21 / 69 27 21 3

hempel@lidicehaus.de

Oliver Guth

Tel: 04 21 / 69 27 21 9

guth@lidicehaus.dewww.rechtsextremismus-und-familie.de**Aufbau des „Bildungsnetzwerks für ein weltoffenes Deutschland“***5. bis 9. Februar 2018 in Berlin, Lernort 7xjung*

Der Verein „Gesicht Zeigen!“ sucht engagierte Leute, die Lust haben, die politische Bildungsarbeit von „Gesicht Zeigen!“ vor Ort zu gestalten. Dazu findet im Februar 2018 eine fünftägige Fortbildung zu Themen wie Zivilcourage, Diskriminierung und Stereotype statt. Sie vermittelt das Handwerkszeug für die Demokratiewerkarbeit mit klassistisch benachteiligten Jugendlichen.

Gesucht werden motivierte Menschen, die mit Multiplikator_innen und/oder Jugendlichen arbeiten, und pädagogische Erfahrung in der Konzeption und Durchführung von Workshops und Fortbildungen einbringen können. Sie engagieren sich im Netzwerk als Trainer_innen, die mehrmals im Jahr

Workshops und Fortbildungen machen und dazu auch regional reisen wollen. „Gesicht zeigen!“ vermittelt dabei auf Honorarbasis Fortbildungen und Workshops bei Kooperationspartner_innen. Anmeldung sind bis 31. Dezember 2017 online möglich unter <https://www.surveymonkey.de/r/bildungsnetzwerk>.

Infos:

Gesicht Zeigen! - Für ein weltoffenes Deutschland
Koppenstr. 93

10243 Berlin

Tel: 0 30 / 30 30 80 82 5

kontakt@gesichtzeigen.de<http://www.gesichtzeigen.de/bildungsnetzwerk>

Literatur und Materialien zum Thema...**... Rechtsextremismus**

Amadeu Antonio Stiftung, Niederlassung Niedersachsen (Hg.): „Die letzten von gestern, die ersten von morgen“? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen, Hannover 2017

Benneckenstein, Heidi: Ein deutsches Mädchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie, Stuttgart: Tropen, 3. Aufl., 2017 R

Brömmel, Winfried/König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven (Europäische Horizonte, Bd. 10), Bielefeld: transcript, 2017 R

Bundesverband Mobile Beratung e. V. in Kooperation mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und dem Kulturbüro Sachsen e. V. (Hg.): „Wir holen uns unser Land zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, Dresden 2017

Claus, Robert: Hooligans. Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 2017 R

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus - modern - subversiv - hass-erfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 5. aktualisierte Aufl., 2017 R

Grünberg, Kurt/Leuschner, Wolfgang/Initiative 9. November (Hg.): Populismus, Paranoia, Pogrom. Affekterbschaften des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2017 (kein R)

Hillebrand, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn: Dietz, 2. überarbeitete u. ergänzte Aufl., 2017 R

Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal: Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart: Klett-Cotta, 3. Aufl., 2017 R

Milbradt, Björn/Biskamp, Floris/Albrecht, Yvonne/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2017 R

Speit, Andreas (Hg.): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr, Berlin: Ch. Links, 2017 R

Waibel, Harry: Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart: Schmetterling, 2017 R

Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Schriftenreihe, Bd. 10094), Bonn 2017

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V., Beratungsstelle der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Düsseldorf (Hg.): „Ich bin stolz, Türke zu sein!“ Graue Wölfe und türkischer (Rechts-)Nationalismus in Deutschland. Eine Informations- und Bildungsbroschüre, Wuppertal, 2016

... Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Aktion Courage e. V., Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (Hg.): Antisemitismus und Migration (Baustein 5), Berlin 2017

Aktion Courage e. V., Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (Hg.): Klassismus. Diskriminierung aufgrund der sozialen

Herkunft, Berlin 2017

Allianz gegen Antiziganismus (Hg.): Antiziganismus. Grundlagenpapier. Version Juni 2017, Heidelberg 2017

Benedek, Wolfgang für das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und

Demokratie (ETC) (Hg.): Menschenrechte verstehen. Handbuch zur Menschenrechtsbildung, Berlin: BWV & Wien/Graz: NWV, 2017

Berliner Register (Hg.): Die Berliner Register zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob, und rechtsextrem geprägter Vorfälle in Berlin, Berlin 2013

Bundesministerium des Innern, Referat GZ 3/
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus. Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen, Berlin 2017

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: (Anti-)faschismus, 67. Jg., 42-43/2017, 16. Oktober 2017, Bonn 2017

Çetin, Zülfukar/Taş, Savaş (Hg.): Gespräche über Rassismus - Perspektiven & Widerstände, Berlin: Verlag Yilmaz-Günay, 2015

Der SVK - Selbstverteidigungskurs mit Worten (Hg.): Wir sind Heldinnen! Unsere Geschichten (wider_sätzen), Berlin: w_orten & meer, 2017

Eickelmann, Jennifer: „Hate Speech“ und Verletzbarkeit im digitalen Zeitalter. Phänomene mediatisierter Missachtung aus Perspektive der Gender Media Studies (Edition Medienwissenschaft), Bielefeld: transcript, 2017

Gill, Thomas/Achour, Sabine (Hg.): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung (Wochenschau Studium), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2017

Grebing, Helga/Scherer, Klaus-Jürgen (Hg.): Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg - Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2017

Großklaus. Götz: Das Janusgesicht Europas. Zur Kritik des kolonialen Diskurses (Edition Kulturwissenschaft, Bd. 149), Bielefeld: transcript, 2017

Heinisch, Reinhard C./Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hg.): Political Populism. A Handbook (International Studies on Populism, Bd./Volume 3), Baden-Baden: Nomos, 2017

Horst, Claire: Alle Geschichten (er)zählen - Aktivierendes kreatives Schreiben gegen Diskriminierung, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2017

Informationsbüro Nicaragua e. V. (Hg.): Werkheft-Box „Fokuscafé Lateinamerika“, 2. überarbeitete Aufl., Wuppertal 2015

Krennerich, Michael/Debus, Tessa/Holzleithner, Elisabeth/Kreide, Regina/Pollmann, Arnd (Hg.): Zeitschrift für Menschenrechte/Journal for Human Rights. Thema: Menschenrechtsabkommen, 11. Jg., Nr. 1/2017, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2017

Lorde, Audre: Meine Worte werden da sein. (Audio-CD), Berlin: Verlag w_orten & meer, 2017

Ricart Brede, Julia/Helmes, Günter (Hg.): Vielfalt und Diversität in Film und Fernsehen. Behinderung und Migration im Fokus, Münster/New York: Waxmann, 2017

Scholle, Thilo: Paul Levi. Linkssozialist - Rechtsanwalt - Reichstagsmitglied (Jüdische Miniaturen, Bd. 206), Berlin: Hentrich & Hentrich, 2017

Sirri, Lana: Einführung in islamische Feminismen, Berlin: w_orten & meer, 2017

Ulbricht, Christian: Ein- und Ausgrenzungen von Migrant*innen. Zur sozialen Konstruktion (un-)erwünschter Zuwanderung (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2. überarbeitete u. ergänzte Aufl., 2017

Weyhe, Birgit: Madgermanes (herausgegeben von Johann Ulrich), Berlin: avant-verlag, 2016

Wochenschau Verlag (Hg.): Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Themenschwerpunkt: Diskursverschiebung, Jg. 2/2017, Nr. 2, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2017

... NS und Vergangenheitspolitik

Aktion Sühnezeichen Friedendienste e. V./ Bundeszentrale für politische Bildung/Deutsch-Polnisches Jugendwerk/Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch - Tandem (Hg.): Wegweiser zur Erinnerung. Informationen für Jugendprojekte in Gedenkstätten der NS-Verfolgung in Deutschland, Polen und Tschechien (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bd. 1326), Bonn 2013

Avidan, Igal: Mod Helmy. Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete, München: dtv, 2017

Deutscher Bundestag, Referat IO 2 - Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkstunde des Deutschen Bundestags am 27. Januar 2011 (inkl. DVD), Berlin 2011

Di Cesare, Donatella: Heidegger, die Juden, die Shoah (Heidegger Forum, 12), Frankfurt a. M.: Vittorio Klostermann, 2016

Oettler, Anika (Hg.): Das Berliner Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Entstehung, Verortung, Wirkung (Edition Kulturwissenschaft, Bd. 141), Bielefeld: transcript, 2017

... Migration und Migrationsgesellschaft

Allmanritter, Vera: Audience Development in der Migrationsgesellschaft. Neue Strategien für Kulturinstitutionen (Kultur- und Museumsmanagement), Bielefeld: transcript, 2017

Baitar, Amir/Sußebach, Henning: Unter einem Dach. Ein Syrer und ein Deutscher erzählen. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Schriftenreihe, Bd. 10041), Bonn 2017

Bröning, Michael/Mohr, Christoph P. (Hg.): Flucht, Migration und die Linke in Europa, Bonn: Dietz, 2017

Bröse, Johanna/Faas, Stefan/Stauber, Barbara (Hg.): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit, Wiesbaden: Springer VS, 2018

Dönninghaus, Victor/Panagiotidis, Jannis/Petersen, Hans-Christian (Hg.): Jenseits der „Volksgruppe“. Neue Perspektiven auf die Russlanddeutschen zwischen Russland, Deutschland und Amerika (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 68), Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2018

Goebel, Simon: Politische Talkshows über Flucht. Wirklichkeitskonstruktionen und Diskurse. Eine kritische Analyse (Cultural Studies, Bd. 49), Bielefeld: transcript, 2017

feld: transcript, 2017

Gross-Dinter, Ursula/Feuser, Florian/Ramos Méndez-Sahlender, Carmen (Hg.): Zum Umgang mit Migration. Zwischen Empörungsmodus und Lösungsorientierung (Edition Kulturwissenschaft, Bd. 125), Bielefeld: transcript, 2017

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „(Un-) Sicherheit“, 39. Jg., Heft 3/2017, Weinheim: Beltz Juventa, 2017

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „Migration, Kunst und Kultur“, 39. Jg., Heft 4/2017, Weinheim: Beltz Juventa, 2017

Jakob, Christian/Schindwein, Simone: Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert, Berlin: Ch. Links, 2017

Klein, Ansgar/Legrand, Jupp/Leif, Thomas/Rohwerder, Jan für die Forschungsgruppe SB (Hg.): Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft. Themenschwerpunkt: Wer schafft das? Neue Akteurskonstellationen im Engagement für Geflüchtete, 30. Jg., Heft 3, September 2017, Berlin/Boston: De Gruyter, 2017

Kukovetz, Brigitte: Irreguläre Leben. Handlungs-

praxen zwischen Abschiebung und Niederlassung (Global Studies), Bielefeld: transcript, 2017

Oltmer, Jochen: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Schriftenreihe der

bpb, Bd. 10001), 3. Aufl., Bonn 2016

Schulze Wessel, Julia: Grenzfiguren - Zur politischen Theorie des Flüchtlings (Sozialtheorie), Bielefeld: transcript, 2017

... Migrationspädagogik

Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge beim Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) (Hg.): Aktiv für Geflüchtete. Ein Handbuch für Ehrenamtliche in Thüringen, Erfurt 2017

Freise, Josef: Kulturelle und religiöse Vielfalt nach Zuwanderung. Theoretische Grundlagen - Handlungsansätze - Übungen zur Kultur- und Religions-sensibilität (Wissenschaft Soziale Arbeit), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2017

Hartwig, Luise/Mennen, Gerald/Schrapper, Christian (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit mit geflüchteten Kindern und Familien, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2018

Katholische Jugendsozialarbeit Nord gGmbH (Hg.): Angekommen und angenommen?!? Junge geflüchtete Menschen: Individuelle Ressourcenstärkung und die Rolle der Jugendsozialarbeit,

Hannover 2017

Koch, Birgit Theresa (Hg.): Junge Flüchtlinge auf Heimatsuche. Psychosoziales und pädagogisches Handeln in einem sensiblen Kontext (Systemische Soziale Arbeit), Heidelberg: Carl-Auer, 2017

Kreisjugendring München-Land des Bayerischen Jugendrings (Hg.): Im Garten der Vielfalt: Bunt wächst gut! Diversity in der Kinder- und Jugendarbeit. Handbuch, Pullach 2016

Ringwald, Johanna: Wir haben etwas unglaublich Großes geschafft. Ein Buch zur Stärkung von Kindern mit Migrationshintergrund. Herausgegeben von dem Universitätsklinikum Tübingen, Abteilung für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie (Versionen: Deutsch-Arabisch, Deutsch-Darü/Persisch, Deutsch-Englisch, Deutsch-Kurdisch), Tübingen 2017

... Jugendarbeit und Jugendhilfe

Aich, Gernot/Kuboth, Christina/Behr, Michael (Hg.): Kooperation und Kommunikation mit Eltern in frühpädagogischen Einrichtungen, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2017

Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hg.): Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen (Didaktische Reihe), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2017

Seminare und Tagungen**Workshoptagung „Ein neues Wir – Interreligiöser Jugendtag. Jugendliche diskutieren Rassismus, Antisemitismus, weitere Diskriminierungen und Verbindendes**

Termin: 14. Januar 2018

Ort: Tutzing

Infos:

Evangelische Akademie Tutzing

Julia Wunderlich

Studienleiterin Junges Forum, Social Media

Schlossstraße 2+4

82327 Tutzing

Tel: 0 81 58 / 25 11 15

Fax: 0 81 58 / 99 64 25

wunderlich@ev-akademie-tutzing.de

<https://www.ev-akademie-tutzing.de/veranstaltung/ein-neues-wir/>

Tagung „Resilienz. Beteiligung verwurzeln in Organisation und Demokratie“

Termin: Tagung vom 17. bis 19. Januar 2018

Ort: Loccum

Infos:

Evangelische Akademie Loccum

Münchehäger Str. 6

31545 Rehburg-Loccum

Tel: 0 57 66 / 81 0

Fax: 0 57 66 / 81 99 115

<http://www.loccum.de/programm/p1838.html>

Vernetzungstreffen „Gegensteuern – Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner*innen die Stirn bieten“

Termin: 20. Januar 2018

Ort: Dortmund

Infos:

Familien- und Sozialverein des LSVD

Jürgen Rausch

Tel: 02 21 / 92 59 61 13

juergen.rausch@lsvd.de

René Mertens

Tel: 0 30 / 78 95 47 63

rene.mertens@lsvd.de

Schreibwerkstatt zur Erstellung eines pädagogischen Konzepts

Termine: 22. bis 24. Januar, 23. bis 24. April 2018

Ort: Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings, KdöR

Germeringer Str. 30

82131 Gauting

Tel: 0 89 / 89 32 33 0

Fax: 089 / 89 32 33 77

info@institutgauting.de

<https://www.institutgauting.de/seminare/2018-denn-wir-wissen-was-wir-tun-konzeptentwicklung/>

Workshop „Rechtsextrem durch soziale Medien? – Probleme, Chancen, Fragen“

Termin: 25. Januar 2018

Ort: Heppenheim

Infos:

Haus am Maiberg

Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz

Ernst-Ludwig-Straße 19

64646 Heppenheim

Tel: 0 62 52 / 93 06 19

Fax: 0 62 52 / 93 06 17

info@haus-am-maiberg.de

www.haus-am-maiberg.de

**Reflexionsseminar für weiße Pädagog*innen
„Weiße Rassismuskritik in der Bildungsarbeit“**

Termin: 26. Januar 2018

Ort: Berlin

Infos:

Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum ARiC Berlin e. V.

Husstr. 65

12489 Berlin

aric@aric.de

<http://www.aric.de/aktuelles/>

Innovative Förderkonzepte zwischen Projekt- und Strukturförderung – „House of Resources“ und das bürgerschaftlichen Engagement von Migrantenorganisationen (MSO)“

Termin: 26. und 27. Januar 2017

Ort: Stuttgart

Infos:

Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

Marktplatz 4

70173 Stuttgart

Tel: 07 11 / 24 84 80 82 6

Fax: 07 11 / 24 84 80 88 8

carmela.degiacomo@forum-der-kulturen.de

www.forum-der-kulturen.de

Forum Courage „Argumentationstraining gegen Rechts“

Termin: 2. bis 4. Februar 2018

Ort: Solingen

Infos:

Hackhauser Hof e. V.

Evangelische Jugendbildungsstätte

Hackhausen 5 b

42697 Solingen

Tel: (02 12) 22 20 1-18

Fax: (02 12) 22 20 1-20

drews@hackhauser-hof.de

www.hackhauser-hof.de

Fortbildung zum Aufbau des „Bildungsnetzwerks für ein weltoffenes Deutschland“

Termin: 5. bis 9. Februar 2018

Ort: Berlin

Infos:

Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland
Koppenstr. 93

10243 Berlin

Tel: 0 30 / 30 30 80 82 5

kontakt@gesichtzeigen.de

<http://www.gesichtzeigen.de/bildungsnetzwerk>

Seminar „Was gibt es da noch zu sehen?! Konzepte und Methoden zur Erschließung von Orten zur NS-Geschichte“

Termin: 16. bis 18. Februar 2018

Ort: Weimar

Infos:

Dr. Frank König

Bildungsreferent

Historisch-politische Bildung

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“

Jenaer Straße 2/4

99425 Weimar

Tel: 0 36 43 / 82 71 04

Fax: 0 36 43 / 82 74 52

koenig@ejbweimar.de

www.ejbweimar.de

Seminar „Umweltbildung mit jungen Geflüchteten“

Termin: 23. bis 25. Februar 2018

Ort: Schwerte

Infos:

Larissa Donges

Bildungsreferentin für Umwelt & Nachhaltigkeit
Bundesgeschäftsstelle Naturfreundejugend

Deutschlands

Warschauer Straße 59 a

10243 Berlin

Tel: 0 30 / 29 77 32 74

donges@naturfreundejugend.de

<https://tinyurl.com/yczclpno>

Seminar „Damit der Funke überspringt“ – Methoden gelungener Wissensvermittlung

Termin: 23. bis 26. Februar 2018

Ort: Ammersbek

Infos:

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Wulfsdorfer Weg 33

22949 Ammersbek

Tel: 0 40 / 60 52 55 9

bildungsstelle-nord@brot-fuer-die-welt.de

<https://tinyurl.com/y9ew9qfu>

Fachtagung „Was heißt Demokratieförderung – und welche Rolle spielt dabei die Politische Bildung?“

Termin: 27. bis 28. Februar 2018

Ort: Heppenheim

Infos:

Haus am Maiberg

Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz

Ernst-Ludwig-Straße 19

64646 Heppenheim

Tel: 0 62 52 / 93 06 19

Fax: 0 62 52 / 93 06 17

info@haus-am-maiberg.de

www.haus-am-maiberg.de

Tagung „Den Blick schärfen... Strukturelle Diskriminierung und Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit. Bestandsaufnahme und Handlungsperspektiven.“

Termin: 1. und 2. März 2018

Ort: Düsseldorf

Infos:

Hochschule Düsseldorf

FB Sozial- und Kulturwissenschaften

Forschungsschwerpunkt

Rechtsextremismus und Neonazismus

Münsterstr. 156

404076 Düsseldorf

<https://tinyurl.com/ybduo5e6>

Seminar „Rassismus in Schule und pädagogischer Praxis“

Termin: 9. bis 11. März 2018

Ort: Hattingen

Infos:

Jugendbildungszentrum Hattingen

Christoph Alt, Pädagogischer Leiter

DGB-Jugend NRW

Am Homberg 44-50

45529 Hattingen

info@dgb-seminare.de

<http://www.dgb-seminare.de/seminare/stopra8/>

Fortbildung „Der Anti-Bias Ansatz im Kontext von Flucht und Migration“

Termin: 14. und 15. März 2018

Ort: Bergisch Gladbach

Infos:

Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e. V. (LAG KJS NRW)

Ebertplatz 1

50668 Köln

Tel: 02 21 / 16 53 79 10

Fax: 02 21 / 16 53 79 11

manuela.klein@jugendsozialarbeit.info

<http://www.jugendsozialarbeit.info>

Umweltbildung mit jungen Geflüchteten

Termin: 16. bis 18. März 2018

Ort: Rottweil

Infos:

Larissa Donges

Bildungsreferentin für Umwelt & Nachhaltigkeit

Bundesgeschäftsstelle Naturfreundejugend

Deutschlands

Warschauer Straße 59 a

10243 Berlin

Tel: 0 30 / 29 77 32 74

http://www.umweltdetektiv.de/umweltdetektive/termine_gefiltert/show/3778/Multiplikator_innen_Fortbildung_Umweltbildung_Naturerlebnis_mit_jungen_Gefuechteten_Baden_Wuerttemberg/

Seminar „Strategien gegen Diskriminierung in der Jugendarbeit“

Termin: 19. und 20. März 2018

Ort: Frankfurt am Main

Infos:

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e. V.
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
60528 Frankfurt am Main

http://www.pb-paritaet.de/veranstaltungen/fobi2018/614_strategien_gegen_diskriminierung.htm

Fachqualifikation Diversity „Mediation – Streitvermittlung in der Jugendarbeit“

Termin: 19. bis 23. März 2018

Ort: Solingen

Infos:

Hackhauser Hof e. V.
Evangelische Jugendbildungsstätte
Hackhausen 5 b
42697 Solingen

Tel: (02 12) 22 20 1-18

Fax: (02 12) 22 20 1-20

drews@hackhauser-hof.de

www.hackhauser-hof.de

Ausbildung zum/zur Betzavta-Trainer_in

Termine: 3. bis 7. April 2018

Ort: Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings, KdöR
Germeringer Str. 30
82131 Gauting

Tel: 0 89 / 89 32 33 0

Fax: 089 / 89 32 33 77

info@institutgauting.de

<http://www.institutgauting.n2g33.com/vOwmvepv-bav1u6z6-g9f1luxu-h0x>

Zusatzqualifizierung „Rechtsextremismus und Familie“ – Beratung von Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher und zum Umgang mit rechtsextremen Familien und ihren Kindern

Termine: 4. bis 6. April, 18. bis 20. Juni, 10. bis 12. September, 5. bis 7. November 2018

Ort: Bremen

Infos:

Lisa Hempel

Tel: 04 21 / 69 27 21 3

hempel@lidicehaus.de

Oliver Guth

Tel: 04 21 / 69 27 21 9

guth@lidicehaus.de

www.rechtsextremismus-und-familie.de

Multiplikator_innen-Fortbildung „breit aufgestellt“

Termine: 13. bis 15. April, 25. bis 27. Mai, 22. bis 24. Juni, 15. und 16. September, 17. und 18. November 2018

Ort: Hamburg

Infos:

Jens Schmidt

Abteilung Politische Jugend- und Erwachsenenbildung

Projekte gegen Rechtsextremismus/extrem rechte Einstellungen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V.

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

Tel: 0 40 / 28 40 16 13

Fax: 0 40 / 28 40 16 93

jens.schmidt@hamburg.arbeitundleben.de

<https://www.arbeitundleben.de/aktuelles/item/fortbildungsprojekt-breit-aufgestellt-geht-2018-in-die-sechste-runde?tmpl=component&print=1>

Fachtagung „Juleica – im Fokus. Neue Bausteine zu wichtigen gesellschaftlichen Themen und Herausforderungen“

Termine: 26. April 2018

Ort: Vlotho

Infos:

Nicole Wehage

Tel: 0 57 33 / 92 33 14

nicole.wehage@lwl.org

<http://www.lwl.org/lja-download/fobionline/detail.php?urlID=1005928>

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Sebastian Seng

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952